

Sozialdemokratische Partei für Pankow: freier, gerechter, solidarischer!
(Positionen des SPD-Abteilungsvorstandes Pankow-Süd)

Die SPD Pankow bietet ihren Mitgliedern viele Möglichkeiten für politisches Engagement. In unseren Abteilungen sowie in den Arbeitsgemeinschaften und Arbeitskreisen. Die Abteilung Pankow-Süd möchte zur aktuellen Debatte im Kreis einen konstruktiven und inhaltlichen Beitrag leisten. Unser Ziel ist dabei die Weiterentwicklung der Programmatik und konkreter Forderungen zur Verbesserung der Lebensbedingungen für die Pankower Bevölkerung insgesamt.

Folgende Thesen sollen aus unserer Sicht die Maßstäbe sozialdemokratischen Handelns in Pankow sein:

1. Eine Debatte über die künftige Ausrichtung der Sozialdemokratischen Partei in Pankow, insbesondere über Inhalte, Schwerpunktthemen und Strategie, ist die Grundlage für organisations- und personalpolitische Entscheidungen 2014.
2. Ziele und Programm der Sozialdemokratischen Partei stehen fest, ihre weitere Konkretisierung jenseits des aktuellen Wahlprogramms für Pankow jedoch aus. Lokale Besonderheiten sind dabei zu berücksichtigen, wenn wir Pankow freier, gerechter und solidarischer gestalten wollen.
3. Soziale Gerechtigkeit als Markenkern der Sozialdemokratie muss durch den Abbau sozialer Ungleichheit,- als Ergebnis der marktlichen Einkommens- und Vermögensverteilung -, mit den lokalen Mitteln und Forderungen gegenüber anderen Ebenen Stück für Stück umgesetzt werden.
4. Die Pankower Bevölkerung muss sich vergewissern und spüren können, dass die Pankower Sozialdemokrat*innen sich für faire Regeln des Zusammenlebens sowie die materiellen und immateriellen Interessen der abhängig Beschäftigten im weiteren Sinn und ihrer Angehörigen einsetzen. Der Kreisverband muss eigenständiger politischer Akteur im Bezirk sein.
5. Die Rückbesinnung auf das Wesen der Sozialdemokratie als soziale Bewegung muss auch in Pankow Praxis werden. Dazu sind inhaltliche und personelle Verflechtungen zumindest zwischen allen

sozialdemokratischen Organisationen jedoch unabdingbare Voraussetzung.

6. Die Rückgewinnung der Glaubwürdigkeit gegenüber der Pankower Bevölkerung führt nur über einen wahrhaftigen und solidarischen Umgang der Funktionär*innen und Mandatsträger*innen untereinander – in Wort und Tat. Dabei haben vor allem Mandats- und Funktionsträger*innen eine besondere Verantwortung, sozialdemokratische Werte offensiv nach innen und nach außen zu vertreten, indem sie sie zur Richtschnur ihrer täglichen Arbeit machen.
7. Planvolles Vorgehen wird nur mit einer nachvollziehbaren Arbeitsteilung zwischen einerseits den gewählten Funktionär*innen und andererseits den Mandatsträger*innen möglich, wobei Lasten und Verantwortung gemeinsam zu vergeben sind. Bei dem ehrenamtlichen Engagement ist es wichtig, dass sich jedes Mitglied mit seinen Fähigkeiten, seinen Interessen und Zeitbudget möglichst so einbringen kann, wie sie/er es möchte.
8. Personal für Funktionen und Mandate muss in erster Linie anhand inhaltlicher und strategischer Kriterien ausgewählt, motiviert und qualifiziert werden. Mögliche Überforderung und Fehlbesetzungen gilt es so, zielbewusst zu reduzieren. Diese Kriterien müssen demokratisch festgelegt werden.
9. Vorstände sind Arbeits- nicht Aufsichtsgremien. Rechenschaft ist gegenüber der jeweiligen Wahl- bzw. Beschlussversammlung abzuliegen, die durch Wahl und Beschlüsse Verantwortung delegieren muss und Aufgaben delegieren kann.
10. Wir benötigen im Kreisverband eine Kultur des Anerkennens von Ideen und Engagement und des Respekts vor der sozialdemokratischen Haltung des anderen. Leidenschaft und Freude bei der Parteiarbeit müssen von den Pankower*innen wahrgenommen werden. Dafür müssen auch Entscheidungsprozesse und Entscheidungen gegenüber der jeweiligen Basis offen und nachvollziehbar gestaltet sein. Notwendig für die Gewinnung neuer Genoss*innen ist zusätzlich eine Willkommenskultur, die (Neu-)Mitglieder zu aktiven Mitgliedern macht.
11. Neue organisationspolitische Überlegungen (direkte Beteiligung sowie Beteiligungsquoten) sind sinnvoll, müssen jedoch neben dem politischen Tagesgeschäft, d.h. konkreter Interessensvertretung, erledigt werden und dürfen dieses nicht ersetzen.